Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Kiel, 26.08.2004

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Unterrichtssituation 2003/2004

Die jährliche Debatte zum Bericht der Unterrichtsversorgung gehört zu den festen Ritualen dieses Hohen Hauses. Dies ist kein Vorwurf, sondern die Faktenlage, weil vom Landtag so beschlossen. Dennoch will ich nicht verhehlen, dass mich nicht alle Statistiken gleichermaßen interessieren. Wesentlich sind aus der Sicht des SSW die Teile des Berichts, dies es uns ermöglichen, die zukünftige Entwicklung des öffentlichen Schulwesens im Blick zu behalten. Auf einige Punkte will ich stichwortartig eingehen:

Es ist erfreulich, dass die Unterrichtsversorgung durch die Bereitstellung von 200 zusätzlichen Stellen verbessert worden ist. Dadurch konnte bei steigenden Schülerzahlen die Relation Unterrichtsstunden je Schüler in nahezu allen allgemein bildenden Schularten im Vergleich zum Vorjahreswert gehalten bzw. leicht angehoben werden. Genau diese Entwicklung haben wir ja auch vor der Sommerpause begrüßt, als wir das Konzept Jede Stunde zählt hier im Landtag debattierten.

Und nun einige Aussagen des Berichts, die aus Sicht des SSW darauf hinweisen, worauf es auf der Baustelle Schule in den kommenden Jahren ankommen wird. Damit meine ich nicht, wie mit den steigenden bzw. fallenden Schülerzahlen umzugehen ist. Viel mehr denke ich daran, dass das Gymnasium sich anscheinend zu einer Schule für Mädchen und die Hauptschule zu einer Jungenschule entwickelt. An Gesamtschulen entsprechen die Quoten einander, können wir nachlesen. Soll heißen, dass die Quoten für die Übergänge auf die verschiedenen Schularten nach Geschlecht mit der Gesamtquote für die jeweilige Schulart übereinstimmen. Das alles sollte uns zu denken geben.

Wir kommen außerdem nicht umhin, uns damit auseinanderzusetzen, ob die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergriffen worden sind oder die in Planung sind , auch dazu beitragen, das geschlechtsbezogene Erbe zu durchbrechen.

Um das soziale Erbe von Kindern zu durchbrechen, kommen wir nicht umhin, uns auch mit den Strukturen unseres Schulwesens zu befassen. So belegen die Statistiken des Berichts, dass sich die Kluft zwischen den Lehrerempfehlungen nach der 4. Klasse und den tatsächlichen Anmeldungen an den weiterführenden Schulen weiter vergrößert.
31,5 % der Schüler bekamen eine Empfehlung für die Hauptschule, aber tatsächlich angemeldet wurden dort nur 19,8 %. Das ist eine Kluft von 11,7 %. Bei den Realschulempfehlungen beträgt die Differenz zu den Anmeldungen weniger, nämlich nur 3,1 %. Für das Gymnasium bekamen hingegen nur 26,8 % eine Empfehlung, hier wurden aber 33,6 % angemeldet. Der Trend sein Kind in einer Gesamtschule anzumelden ist ungebrochen.

Hinter diesen Zahlen versteckt sich die gesellschaftliche Wirklichkeit, dass Eltern sich für ihre Kinder etwas anderes wünschen als die Hauptschule. Die Folgen sind bekannt:
Viele Kinder können den hohen Anforderungen nicht gerecht werden und nach der Orientierungsstufe, sprich der 6. Klasse, beschließt dann die Schule, dass sie querversetzt werden an die Real- bzw. an die Hauptschule.

Dass diese Querversetzungen nicht dazu geeignet sind, das Selbstbewusstsein von Kindern zu stärken, brauche ich wohl nicht näher zu erläutern. Sie sind auch nicht dazu geeignet, die soziale Integration zu fördern.

Unbeantwortet ist aus der Sicht des SSW auch die Frage, was mit einer Abschlussprüfung für Hauptschüler bezweckt wird. Daher sage ich: Wenn sonst nichts passiert, dann wird so eine Abschlussprüfung ganz leicht zu einem weiteren Instrument, womit man Kinder sortiert. Wir vom SSW sagen also, dies ist zu kurz gesprungen. Wir brauchen stattdessen gemeinsames Lernen, am liebsten bis zum Ende der Sekundarstufe I.

Wir müssen aber jetzt schon einen Anfang machen, und der lautet bekanntlich aus unserer Sicht: die Einführung der sechsjährigen Grundschule auf regionaler Ebene, dort wo sie gewünscht ist. Uns ist sehr bewusst, dass dies nur ein ganz kleiner Schritt in die Richtung ungeteilte Schule ist. Wir wollen aber nicht nur reden, sondern auch versuchen, die Realität zu verändern. Interessant ist hier, dass sich die ungeteilte Schule in den Augen des Landesrechnungshofs durchaus rechnen würde. Laut seines Berichts vom 04. Juni diesen Jahres gäbe es bei der sechsjährigen Grundschule zwar einen Mehrbedarf von rund 230 Lehrerstellen, diese Mehrkosten würden

aber durch Einsparungen auf Grund von laufbahnrechtlichen Veränderungen kostenneutral gedeckt. Bei der Verlängerung der Grundschulzeit auf neun Jahre käme es sogar zur Einsparung von 30.000 Unterrichtsstunden, da der 10. Jahrgang der Sekundarstufe I entfallen würde. Hierbei wären dann rund 1320 Stellen weniger von Nöten und das bedeutet rund 79 Mio. weniger Personalkosten für das Land. Dadurch würde man so lautet ja die Konklusion des SSW Mittel frei schaufeln können für eine bessere und kindgerechte Schule.

Ein anderer Aspekt wird von Dr. Dieter Dohmen, Leiter des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie in Köln, aufgegriffen. Das Institut veröffentlichte Anfang Mai einen 12-Punkte-Plan für das Bildungssystem. Laut Analysen müssen wir schon heute die Gleise stellen, um in 20-25 Jahren genug Akademiker und gut ausgebildete Arbeitskräfte zu haben. Denn auf Grund des demografischen Wandels werden wir in Zukunft weniger junge Menschen haben, die in den Arbeitsmarkt eintreten können.

Hinzu kommt die grundsätzliche Frage, wie wir uns überhaupt den Bereich berufliche Bildung in der Zukunft vorstellen. Der Bericht zur Unterrichtssituation bringt dazu nur eine Momentaufnahme, wenn er gleich zu Anfang angibt, dass die Schülerzahl der berufsbildenden Schulen insgesamt um 1,9 % gestiegen ist, nachdem sie in den vergangenen drei Jahren stagniert waren. Dabei setzt sich mit einem Minus von rd. 800 Schülerinnen und Schülern der Rückgang der Zahl der Jugendlichen in einem Ausbildungsverhältnis fort heißt es weiter, während die Zahlen im ausbildungsvorbereitenden Jahr, in berufsvorbereitenden Maßnahmen, im Berufsbildungsjahr sowie die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung gestiegen sind. In dieses Bild hinein passt auch die Tatsache, dass die Zahl der Vollzeitschülerinnen und schüler sehr viel stärker gestiegen ist als die Schülerzahl im Teilzeitbereich. Damit steigt der Unterrichtsbedarf im berufsbildenden Bereich deutlich an, da Vollzeitschüler mehr Unterricht erhalten als Teilzeitschüler.

Hier liegt Sprengstoff, denn in der Berufschule von heute warten im Prinzip die Arbeitslosen von Morgen. Soll heißen, wenn wir uns dieses Schwelbrandes nicht jetzt annehmen, dann haben wir in ein paar Jahren auf dem Arbeitsmarkt einen ausgewachsenen Flächenbrand zu löschen. Das rückt dann auch unsere heutige Debatte zu Hartz IV in ein ganz neues Licht.